

Großbritannien hat den USA die Nutzung ihrer Militärbasen auf britischem Territorium zur Vorbereitung eines Angriffs auf den Iran verweigert – mit der Begründung, der erwogene Präemptivschlag verstoße gegen das Völkerrecht.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 192/12 – 07.11.12

Eine Militäraktion gegen den Iran wäre derzeit "nicht der richtige Kurs", sagt die Downing Street

Die britische Regierung bestätigt, dass sie gegenwärtig keine Militäraktion gegen den Iran will, nachdem bekannt wurde, dass sie den USA die Nutzung von Basen auf britischem Territorium für einen Angriff auf den Iran verweigert hat

Von Patrick Wintour und Nick Hopkins

The Guardian, 26.10.12

(<http://www.guardian.co.uk/world/2012/oct/26/iran-military-action-downing-street>)

Die Regierung Großbritanniens hat bestätigt, dass sie eine Militäraktion gegen den Iran derzeit für unpassend hält, nachdem bekannt wurde, dass sie den USA die Nutzung von Militärbasen auf britischem Territorium für die Verstärkung der US-Streitkräfte im und am Persischen Golf verweigert hat.

Downing Street erklärte: "Hinsichtlich der Nutzung britischer Militärbasen arbeiten wir eng mit den USA zusammen, die (britische) Regierung hält eine Militäraktion (gegen den Iran) zum jetzigen Zeitpunkt aber nicht für den richtigen Kurs."

(Der britische Premierminister) David Cameron hatte bereits letzte Woche in einer langen Rede Israel zur Zurückhaltung aufgefordert und darauf hingewiesen, dass die verhängten Sanktionen (die erhofften) Auswirkungen auf die iranische Wirtschaft hätten.

Wie der Guardian erfahren hat (s. <http://www.guardian.co.uk/world/2012/oct/25/uk-reject-us-request-bases-iran>), haben US-Diplomaten darum ersucht, neben britischen Basen auf Zypern auch die US-Basen auf den unter britischer Verwaltung stehenden Inseln Ascension im Atlantik und Diego Garcia im Indischen Ozean für Flüge nutzen zu dürfen.

Das US-Ersuchen erfolgte im Rahmen der Notfallplanung für den andauernden Atomkonflikt mit Teheran, wurde von britischen Ministern aber sehr kühl aufgenommen. Downing Street erklärte am Freitag, derartige Notfallplanungen erfolgten routinemäßig.

Die US-Diplomaten wurden auf ein Rechtsgutachten aus dem Büro des Kronanwalts verwiesen, das in der Downing Street, im Außenministerium und im Verteidigungsministerium kursiert.

In diesem Rechtsgutachten wird festgestellt, dass die Unterstützung von Streitkräften, die einen Präemptivschlag durchführen wollen, ein klarer Bruch des Völkerrechts wäre; dabei wird darauf Bezug genommen, dass der Iran bisher immer bestritten habe, den Bau von Atomwaffen zu planen, und daher gegenwärtig "keine klar erkennbare akute Bedrohung darstelle".

"Das Vereinigte Königreich verstieße gegen das Völkerrecht, wenn es Aktionen unterstützen würde, die sich zu einen Präemptivschlag gegen den Iran ausweiten

könnten," äußerte ein führender Whitehall-Vertreter. "Es trifft zu, dass die Regierung das US-Ersuchen mit dieser Begründung abgelehnt hat." (Mit Whitehall ist das britische Verteidigungsministerium gemeint.)

Aus verschiedenen Quellen verlautet, dass noch keine formelle Anfrage der USA vorliege, weil man nicht mit einer baldigen Verschärfung des Konfliktes (mit dem Iran) rechne. Die Sondierungsgespräche hätten nur zur Abklärung der britischen Position gedient.

"Ich denke, dass die US-Seite erstaunt war, weil britische Minister so zögerlich auf das Hilfeersuchen reagiert haben," äußerte eine Quelle. "Man hat wohl Widerstand von führenden Liberal Democrats (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Liberal_Democrats) erwartet, aber nicht damit gerechnet, dass sich auch die Tories (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Conservative_Party) querlegen würden. Das kam sehr überraschend."

Die britische Reaktion widerspiegelt die mangelnde Bereitschaft in Whitehall, Großbritannien in den Konflikt hineinziehen zu lassen, obwohl die Royal Navy, für den Fall, dass die laufenden diplomatischen Bemühungen scheitern, bereits stark im Persischen Golf präsent ist.

Der Guardian hat erfahren, dass im Sommer eine britische Militärdelegation mit starkem Navy-Anteil ins Hauptquartier des U.S. Central Command / CENTCOM (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_09/LP27209_071209.pdf) nach Tampa in Florida geflogen war, um mit US-Planern eine Reihe von Notfallplänen abzusprechen.

Großbritannien zieht es vor, erst dann einzugreifen, wenn der Konflikt bereits begonnen hat, und sträubt sich dagegen, Washington schon bei der Vorbereitung einer Militäraktion offen zu unterstützen.

"Sehr wahrscheinlich werden weder Israel noch die USA Großbritannien vorher informieren, wenn sie sich allein oder gemeinsam zu einem Angriff auf den Iran entschließen sollten," verlautete aus einer Quelle. "Vermutlich ist das der britischen Regierung sogar sehr recht."

Diplomaten Großbritanniens und der USA bestanden darauf, dass beide Staaten eine diplomatische Lösung bevorzugen; die hängt aber davon ab, ob es dem Weißen Haus gelingt, Israel zurückzuhalten, das befürchtet, dass die unterirdischen Anlagen des Irans zur Urananreicherung dessen Atomprogramm bald gegen jeden Angriff immun machen könnten.

Weil die Angriffsfähigkeit Israels begrenzt sei, werde sich sein Fenster für eine Militäraktion gegen den Iran viel schneller als das der USA schließen, erklärte ein anderer Offizieller. "Israel wird sich nur dann von einem Angriff auf den Iran zurückhalten lassen, wenn es darauf vertrauen kann, dass die USA den Iran zum richtigen Zeitpunkt stoppen werden.

Die wegen des US-Präsidentenwahlkampfes zur Zeit ruhenden diplomatischen Bemühungen werden Ende November oder Anfang Dezember sicher fortgesetzt – mit dem Ziel, die Krise doch noch zu bewältigen.

Die sechs Großmächte werden wahrscheinlich anbieten, einige der die iranische Wirtschaft schwächenden Sanktionen zu lockern, wenn Teheran die Menge seines angereicherten Urans begrenzt.

Die (an den Verhandlungen) beteiligten Staaten sind die USA, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Russland und China. Der Iran wird durch seinen Chefunterhändler Saeed Dschalili (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Saeed_Dschalili) vertreten.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern und Hervorhebungen versehen. Nach unserem Kommentar drucken wir den Originaltext ab.)

Unser Kommentar

Vor dem Irak-Krieg hat der NATO-Partner Türkei den USA untersagt, ihre Truppen über türkisches Territorium in den Norden des Iraks einmarschieren zu lassen.

Jetzt wird den USA von ihrem engsten Bündnispartner, dem NATO-Mitglied Großbritannien, die Nutzung ihrer Militärbasen auf britischem Territorium zur Vorbereitung eines Überfalls auf den Iran verweigert.

Der Artikel 26 (1) des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland (s. <http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/gg/gesamt.pdf>) lautet:

"Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen."

Die Bundesregierung wäre also in den von den USA angezettelten Angriffskriegen gegen Serbien, Afghanistan, den Irak und Libyen und seit der Vorbereitung eines Angriffskrieges gegen den Iran verpflichtet gewesen, die Nutzung der US-Militärbasen auf deutschem Boden zur Vorbereitung und Führung dieser Angriffskriege zu verbieten.

Keine Bundesregierung hat das bisher getan. Die Regierung Schröder / Fischer hat die Kriege gegen Serbien und Afghanistan sogar aktiv mit deutschen Soldaten unterstützt. Sie und alle nachfolgenden Regierungen haben den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan ausgeweitet und die Nutzung der US-Basen in der Bundesrepublik Deutschland für die anderen völkerrechts- und verfassungswidrigen Angriffskriege uneingeschränkt zugelassen.

Das ist fortgesetzter Verfassungsbruch, den das Bundesverfassungsgericht schon längst hätte unterbinden müssen. Die in Parlamenten, Regierungen und Behörden sitzenden Befürworter dieses verfassungswidrigen Verhaltens behaupten immer, die Bundesrepublik Deutschland sei wegen ihrer NATO-Zugehörigkeit zu solchen "Zugeständnissen" verpflichtet. Dass dem nicht so ist, haben wir bereits unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_05/LP01805_010705.pdf nachgewiesen.

Der Herausgeber der LUFTPOST hat die Bundesrepublik Deutschland wegen der völkerrechts- und verfassungswidrigen Nutzung der US-Air Base Ramstein verklagt (s. dazu http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_12/LP07012_260312.pdf und http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_12/LP09112_060512.pdf). Das Verwaltungsgericht Köln, bei dem diese Klage anhängig ist, hat mit Schreiben vom 16.10.12 mitgeteilt, "wegen vorrangig zu bearbeitender älterer Verfahren" könne die mündliche Verhandlung erst im nächsten Jahr stattfinden.

Iran military action not 'right course at this time', Downing Street says

Government reiterates its current opposition to military action against Iran after revelation US has requested use of UK bases

Patrick Wintour and Nick Hopkins, Friday 26 October 2012

The UK government has reiterated that it does not believe military action against Iran would be appropriate at the moment, following the disclosure that Britain has rebuffed US requests to use UK military bases to support the buildup of forces in the Gulf.

Downing Street said: "We are working closely with the US with regard to UK bases" but "the government does not think military action is the right course at this point of time".

David Cameron made a lengthy speech last week urging Israel to show restraint, and pointing to the way in which sanctions are having an impact on the Iranian economy.

The Guardian has been told that US diplomats have also lobbied for the use of British bases in Cyprus, and for permission to fly from US bases on Ascension Island in the Atlantic and Diego Garcia in the Indian Ocean, both of which are British territories.

The US approaches are part of contingency planning over the nuclear standoff with Tehran, but British ministers have so far reacted coolly. On Friday, Downing Street said such contingency planning was something that was done as a matter of routine.

They have pointed US officials to legal advice drafted by the attorney general's office and which has been circulated to Downing Street, the Foreign Office and the Ministry of Defence.

It states that providing assistance to forces that could be involved in a pre-emptive strike would be a clear breach of international law on the basis that Iran, which has consistently denied it has plans to develop a nuclear weapon, does not currently represent "a clear and present threat".

"The UK would be in breach of international law if it facilitated what amounted to a pre-emptive strike on Iran," said a senior Whitehall source. "It is explicit. The government has been using this to push back against the Americans."

Sources said the US had yet to make a formal request, and that they did not believe an acceleration towards conflict was imminent or more likely. The discussions so far had been to scope out the British position, they said.

"But I think the US has been surprised that ministers have been reluctant to provide assurances about this kind of upfront assistance," said one source. "They'd expect resistance from senior Liberal Democrats, but it's Tories as well. That has come as a bit of a surprise."

The situation reflects the lack of appetite within Whitehall for the UK to be drawn into any conflict, though the Royal Navy has a large presence in the Gulf in case the ongoing diplomatic efforts fail.

The Guardian has been told that a British military delegation with a strong navy contingent

flew to US Central Command headquarters in Tampa, Florida, this summer to run through a range of contingency plans with US planners.

The UK, however, has assumed that it would only become involved once a conflict had already begun, and has been reluctant to commit overt support to Washington in the buildup to any military action.

"It is quite likely that if the Israelis decided to attack Iran, or the Americans felt they had to do it for the Israelis or in support of them, the UK would not be told beforehand," said the source. "In some respects, the UK government would prefer it that way."

British and US diplomats insisted that the two countries regarded a diplomatic solution as the priority, but this depends on the White House being able to restrain Israel, which is nervous that Iran's underground uranium enrichment plant will soon make its nuclear programme immune to any outside attempts to stop it.

Israel has a less developed strike capability and its window for action against Iran will close much more quickly than that of the US, explained another official. "The key to holding back Israel is Israeli confidence that the US will deal with Iran when the moment is right."

With diplomatic efforts stalled by the US presidential election campaign, a new push to resolve the crisis will begin in late November or December.

Six global powers will spearhead a drive that is likely to involve an offer to lift some of the sanctions that have crippled Iran's economy in return for Tehran limiting its stockpile of enriched uranium.

The countries involved are the US, the UK, France, Germany, Russia and China. Iran will be represented by its chief negotiator, Saeed Jalili.

www.luftpост-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern